

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,  
werte Bürgerinnen und Bürger,  
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
werte Vertreter der Presse,

das Spätjahr ist im Jahresverlauf für mich immer wieder eine der spannendsten Zeiten in der Kommunalpolitik. Wir beschäftigen uns bereits intensiv mit der Bilanz des laufenden Jahres in Vorbereitung unserer Ziele für das darauffolgende Jahr und die Zukunft unserer Gemeinde. Es freut mich immer wieder aufs Neue, wenn es uns gemeinsam gelingt, die Entwicklung unseres liebenswerten und lebenswerten Karlsdorf-Neuthard positiv zu gestalten.

- So können wir u.a. stolz darauf sein jederzeit allen Kindern einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen zu können. Selbstverständlich stellt auch uns der Fachkräftemangel besonders in diesem Bereich vor größere Aufgaben. In jedem Fall haben wir aber baulich vorgesorgt und versuchen gemeinsam mit der Kirchengemeinde und dem Träger unseres Waldkindergarten Postillion, sowie dem Tageselternverein alles zu tun, um Arbeitskräfte in diesem Bereich zu gewinnen. Als Beispiel möchte ich das sogenannte „Spanierprogramm“ nennen, bei dem wir vier Mitarbeiter für unsere Einrichtungen gewinnen konnten. Wir konnten mit dem Neubau von zwei weiteren Gruppen sowie zusätzlichen Funktionsräumen beim Don Bosco beginnen. Die fehlenden Gruppenräume haben wir bereits durch den Bau zweier Übergangsguppen in 2022 kompensiert. Konzeptionell ist uns voraussichtlich der Durchbruch bei der Sanierung des Franziskuskindergartens gelungen, so dass wir uns im Jahr 2024 mit der konkreten Umsetzung beschäftigen können. Insgesamt können wir für unsere Familien ein hoch attraktives Angebot unterbreiten.

Wir haben die Wasserenthärtungsanlage nach den wirklich schwierigen Bedingungen in der Baubranche in den letzten drei Jahren endlich im Rahmen der Kostenberechnung fertigstellen können.

- Der Neubau des Feuerwehrhauses ist nun im Zeitplan. Leider konnten wir insbesondere hohen Kosten im Holzbereich und vor allen Dingen die Auswirkungen der hohen Inflation nicht kompensieren, sodass wir von einer inflationsbedingten Kostensteigerung ausgehen müssen.
- Der Neubau der Grundschule ist in Planung und nach dem Abschluss des VgV Verfahrens im Zeitplan.
- Wir haben einen neuen Spielplatz in der Dieselstraße in Betrieb genommen und ebenso den Bolzplatz beim Altenbürgzentrum fertiggestellt.
- Im Rahmen der Masterplanung Straßensanierung haben wir das 1. Sanierungspaket mit
  - o Alte Bundesstraße
  - o Leharstraße
  - o Neutharder Straße
  - o Kronenstraße
  - o Amalienstraße
  - o Karlstraße

abgeschlossen und bereiten die neue Tranche intensiv vor.

- Im Zuge der Lärmaktionsplanung haben wir die entsprechenden Maßnahmen abschließend umgesetzt.
- Hinzu kamen Bebauungspläne oder die sehr intensive Arbeit bei der Unterbringung von Flüchtlingen.
- Außerdem hat uns die geplante Güterverkehrsstrecke zwischen Mannheim und Karlsruhe dauerhaft beschäftigt.

Diese Aufzählung ist natürlich nur beispielhaft für die Aufgaben des jetzt zu Ende gehenden Jahres.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Rahmenbedingungen, in denen wir unsere Aufgaben erfüllen, werden leider immer herausfordernder. Die Liste der Krisen lässt sich Jahr für Jahr fortsetzen:

- Bankenkrise 2009
- Flüchtlingskrise 2015
- Coronakrise 2020-2022,
- Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine 2022
- Rekordinflation 2022/2023
- Energiekrise 2022/2023 ff
- Deutschland befindet sich als einziges Land in Europa in der Rezession,
- Klimakrise,
- erneute Flüchtlingskrise,
- Arbeitskräftemangel,
- trotzdem leisten wir uns in Deutschland Überbürokratie, dennoch werden immer mehr Standards beschlossen, was mehr Personal und Geld erfordert, allerdings wollen viele Menschen weniger arbeiten, eine Formel, die nicht aufgeht!
- neu hinzukommend eine mögliche Staatskrise verbunden mit einem hohen Vertrauensverlust auf Grund der aktuellen Bundespolitik.

Wir konzentrieren uns bei unseren Aufgaben grds. auf die Kommunalpolitik, wenn gleich ich heute auch etwas stärker auf die Bundespolitik eingehen möchte, weil diese starke Auswirkung auf unserer Aufgabenerfüllung hat. Wenn ich von einem erheblichen Vertrauensverlust spreche, so möchte ich das etwas näher begründen. Die Regierung unseres Landes hat wider besseren Wissens einen verfassungswidrigen Haushalt verabschiedet. Es war bereits das zweite Mal in diesem Jahr, bei dem das Handeln der Bundesregierung durch das Verfassungsgericht gestoppt werden musste. Dennoch versuchte man abermals in der letzten Woche mit dem Risiko der erneuten Verfassungswidrigkeit einen Haushalt für 2024 zu verabschieden. Dieses verantwortungslose Handeln in der zweifelsohne schon schwierigen Zeit, in der wir uns alle herausfordernden Aufgaben für die Zukunftssicherung der Menschen stellen müssen, stößt uns möglicherweise in eine tiefe Vertrauenskrise. Um den Menschen in unsere Gemeinden nochmals deutlich zu machen, wie aus meiner Sicht ein solcher Vorgang einzustufen ist, möchte ich dies beispielhaft am Gemeindehaushalt erläutern. Stellen sie sich einfach folgende Situation vor:

- die Verwaltung würde für 2024 all ihre Wünsche ohne Priorisierung in einen Haushaltsentwurf schreiben;
- dieser würde über die Massen vor allem für laufende Ausgaben mit Krediten finanziert werden;
- die Auswirkungen für die nachfolgende Generationen und Verantwortungsträger werden versucht zu verschleiern;
- die Öffentlichkeit würden wir über Buchungstricks im Unklaren lassen;
- der Gemeinderat würde per Klage ein rechtswidriges Verhalten der Verwaltung feststellen lassen.
- Die Verwaltung würde dann aber nicht reumütig Fehler eingestehen, sondern der Bevölkerung erklären, dass der „böse Gemeinderat“ eine zukunftsfähige Politik der Verwaltung verhindere!

Sehr geehrte Damen und Herren,

das wäre keine vertrauensvolle Politik, das wäre gegenüber den Menschen und den nachfolgenden Generationen in unserer Gemeinde eindeutig verantwortungslos. Und das gilt selbstverständlich auch für die Bundespolitik, denn in unserem föderalistischen Staatensystem sind wir aufeinander angewiesen.

Auf kommunaler Ebene betreiben wir Politik in einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Gleichgewicht. Wir haben zudem in Karlsdorf-Neuthard das Glück, dass dies aus meiner Sicht über mehrere Jahrzehnte so gelebte Politik ist. Ich möchte deshalb in meiner diesjährigen Haushaltsrede nochmals ausdrücklich den Dank an unseren vor wenigen Wochen verstorbenen Ehrenbürger und Bürgermeister a.D. Egon Klefenz zum Ausdruck

bringen. Als Bürgermeister konnte ich mich zu Beginn meiner Amtszeit gemeinsam mit Ihnen auf eine grundsätzliche und zukunftsfähig aufgestellte Kommunalpolitik stützen und auf dieser Basis nachhaltige Gemeindeentwicklung betreiben. In einer neuen Zeit haben wir selbstverständlich unsere Strategien weiterentwickelt und mit unserer Kennzahlenplanung immer wieder langfristig aufgezeigt, wie unsere Gemeinde weiterentwickelt werden und zukunftsfähig bleiben kann. Wir haben Prioritäten gesetzt, Projekte zum Wohle unserer Einwohner entwickelt und umgesetzt. Dabei haben wir immer auch aufgezeigt, welche Auswirkungen unsere Entscheidung auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Zukunft hat. In diesem Zusammenhang möchte ich den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg zitieren. Dieser hat bei der Mitgliederversammlung der Städte und Gemeinden über 10.000 Einwohner des Gemeindetages BW vor wenigen Wochen viele bemerkenswerte Sätze formuliert unter anderem diesen: „Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt.“ Genau mit dieser Prämisse gestalten wir Kommunalpolitik! Für uns zählen nicht der kurzfristige Erfolg oder die kurzfristige Überschrift in einem Wahlprogramm. Die Menschen erwarten von uns zurecht, dass wir Jahr für Jahr umsetzen was wir erzählen, unsere Prioritäten am Wohle der gesamten Bevölkerung ausrichten und in einem demokratischen Prozess aushandeln, genau daran werden wir gemessen. Die Städte und Gemeinden sind die Orte der Wirklichkeit, betont auch immer wieder der Präsident des Gt BW Steffen Jäger. Deshalb freut mich, dass unser Haushalt 2024 abermals im Zeichen der Zukunftsinvestitionen und Zukunftsfähigkeit der Gemeinde steht. Wir investieren

- in Bildung und Betreuung,
- Sicherheit der Bevölkerung,
- Erhalt der Infrastruktur und
- die Attraktivitätssteigerung unserer Gemeinde.
- Wir sind in der Lage den Haushalt auszugleichen und
- unsere mittel- und langfristige Finanzplanung zeigt auf, dass in den kommenden Jahren die Gemeindefinanzen, nach den heute vorhersehbaren Rahmenbedingungen, leistungsfähig bleiben werden.

Dabei setzen wir, wie in der Vergangenheit auch Schwerpunkte in unserem Tun, unter Anerkennung der Grenzen von personeller und finanzieller Leistungsfähigkeit. Das Setzen von Prioritäten in einem demokratischen Prozess ist dabei selbstverständlich nicht einfach aber zwingend erforderlich, wenn wir eine nachhaltige Politik im ökonomischen, ökologischen und sozialen Gleichgewicht für unsere Kinder und Enkelkinder betreiben wollen. Mit dieser Politik sind die Städte und Gemeinden die Wiege der Demokratie. Dies hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Prof. Dr. Stephan Harbarth anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Gemeindetages Baden-Württembergs in seiner Festrede eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht. Das in der Verfassung fest verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung bietet den Menschen die Möglichkeit ihr unmittelbares Lebens Umfeld in einem demokratischen Prozess zu gestalten. Dazu gehört es, und das ist zwingende Voraussetzung, dass die Städte und Gemeinden mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet bleiben. Es hätte fatale Folgen, wenn durch das finanzielle Ausbluten der Kommunen die Möglichkeit der Gestaltung auf kommunaler Ebene so weit zurückgefahren wird, dass eine kommunale Selbstverwaltung wegen fehlender finanzieller Mittel faktisch ausgeschlossen wird. Dies ist keine theoretische Angstmacherei, sondern wesentlicher Bestandteil der bereits jahrelangen Kritik besonders an die Adresse der Bundespolitik. Wenn immer wieder Gesetze verabschiedet werden, deren Finanzierung nicht gesichert ist und mit faulen Kompromissen das Konnexitätsprinzip außer Kraft gesetzt wird, weil man davon ausgeht, dass die Kommunen die Komplementärmittel, nach lang anhaltenden politischem Druck, schon irgendwie zur Verfügung stellen werden. Deshalb werden viele Kolleginnen und Kollegen in den Gemeinden in ihren Haushaltsreden dem Wunsch des Gemeindetages BW folgen und deutlicher denn je auf die Notwendigkeit der Zukunftsallianz in Baden-Württemberg hinweisen. Die roten Linien sind in vielen Bereichen überschritten und es besteht dringender Handlungsbedarf nach Bürokratieabbau, konsequentes Handeln in der Flüchtlingspolitik, wir müssen unsere Zukunftsfragen in der Energiewirtschaft und der Klimapolitik gemeinsam lösen und unsere Aufgabenerfüllung an

einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Gleichgewicht orientieren. Die Politik muss die Realität des Arbeitskräftemangels und die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates und der Steuerzahler bei allen Standards berücksichtigen. Die Prioritätensetzung in der Politik darf keinem ideologischen Kompass folgen, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Menschen in unserem Land orientieren. So wie es die Kommunen in Baden – Württemberg jahrzehntelang vorleben.

Ich komme zurück zum Haushalt unserer Gemeinde. Es ist keine große Überraschung, dass der Haushalt 2024 von Aufgaben geprägt ist, die wir im Wesentlichen bereits begonnen haben. Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen konzentrieren wir uns bei unseren Entscheidungen, wie bereits mehrfach ausgeführt, nicht nur auf die gesetzlich vorgeschriebene mittelfristige Finanzplanung oder unsere freiwillige Kennzahlenplanung über die nächsten 10 Jahre, sondern haben zudem folgende Übersicht entwickelt, die ausschließlich unsere Investitionen in den Fokus nimmt. Entscheidend ist dabei, dass mit Blick auf die personelle und finanzielle Leistungsfähigkeit von Karlsdorf - Neuthard Projekte in ihrer jeweiligen Qualität und Ausprägung immer auch im Einklang mit zukünftigen Aufgaben stehen müssen. Weiterhin müssen wir im Blick behalten, inwieweit wir uns Handlungsspielräume erarbeiten, wenn Projekte nicht in der gewünschten Zeit und im Kostenrahmen abgewickelt werden können. Grundsätzlich wird ja der öffentlichen Hand immer wieder unterstellt, dass es uns nicht gelingen würde im Kosten und Zeitrahmen bauen zu können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich gibt es in Karlsdorf-Neuthard für beides Beispiele. Wie bereits erwähnt konnten wir die Wasserenthärtungsanlage im Rahmen der Kostenrechnung abschließen, aber eben nicht im gewünschten Zeitrahmen. Um auch in Zukunft für Verständnis zu werben möchte ich heute nochmals auf die Systematik der öffentlich – rechtlichen Vergabe grob eingehen, weil diese auch Zukunft wesentlichen Einfluss auf den Mittelabfluss in unserer Haushaltsplanung haben wird. Gemeinden sind verpflichtet unterhalb der EU-Schwellenwerte öffentlich auszuschreiben. (Schwellenwert Bauleistung: 5.538.000 €; Schwellenwert Dienstleistung: 221.000 €). Nach dieser öffentlichen Ausschreibung sind wir gehalten den Auftrag an den günstigsten Bieter zu vergeben. Sofern das günstigste Angebot 20 % über der Kostenberechnung liegt, können wir grundsätzlich die Ausschreibung aufheben und im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung erneut um Angebotsabgabe bitten. Hierzu ist bereits erforderlich, dass wir die Ausschreibungskriterien ändern. Damit ist selbstredend schon ein erster erheblicher Zeitverlust gegeben. Sollte das Angebot einer beschränkten Ausschreibung abermals deutlich über der Kostenberechnung liegen, dürften wir in der dritten Stufe Aufträge freihändig vergeben. Und dies unterscheidet uns wesentlich von der Privatwirtschaft. Hier ist es möglich konsequent von Beginn an mit Auftragnehmern den Einzelauftrag zu besprechen und zu verhandeln. Diese Ausschreibungssystematik der öffentlichen Hand hat grundsätzlich seine Berechtigung, um Korruption zu vermeiden und Auftragnehmern gleichberechtigt zu ermöglichen von der öffentlichen Hand Aufträge akquirieren zu können. Diese Systematik hat aber insbesondere in den letzten Jahren gezeigt, dass bei vollen Auftragsbüchern es noch schwerer möglich ist im Zeit- und Kostenrahmen zu bauen. Wir gehen davon aus, dass dies vermutlich in den nächsten Jahren wieder etwas einfacher sein wird. Die ersten Zeichen dafür sehen positiv aus. Die Inflation hat ihre Rekordhöhe deutlich unterschritten, Auftragnehmer fragen wieder verstärkt nach öffentlichen Aufträgen. Wir werden auch in Zukunft konsequent Ausschreibungen aufheben, wenn sie die Kostenberechnung deutlich übersteigen und wir im Rahmen des geltenden Rechts zur Aufhebung berechtigt sind.

In 2024 konzentrieren wir uns

- auf die Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Feuerwehrhauses.
- Wir gehen davon aus, dass wir im 1. Quartal 2024 die Leistungsphase zwei für den Neubau der Schönbornschule abschließen können. Sobald wir dann gemeinsam die Kostenberechnung erarbeitet und einen Baubeschluss gefasst haben, sollte im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werden können.

- Spätestens im Dezember 2024 sollte die Sanierung des Rathauses in Neuthard abgeschlossen sein.
- Die Sanierung und der Anbau für das Rathaus in Karlsdorf wird im Rahmen eines VGV-Verfahrens vorbereitet werden. Im Hinblick auf den genannten finanziellen Handlungsspielraum der Gemeinde wollen wir bei diesem Projekt erarbeiten, dass wir dieses gegebenenfalls in zwei Schritten umsetzen können, um so gegebenenfalls liquide Mittel für diese Investitionen länger ansparen zu können.
- Auch 2024 werden wir rund 100.000 € für die Neugestaltung eines Spielplatzes bereitstellen. Nach bisheriger Planung wäre dies der Spielplatz in der Schulstraße, wobei eine abschließende Entscheidung des Gemeinderates noch erforderlich ist.
- Im Rahmen der Energieversorgung werden wir uns umfassend mit den Ergebnissen der einzelnen Planungen beschäftigen. So hatten wir 2023 eine **PV Studie** beauftragt. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung. Ebenso haben wir eine **Wärmeplanung** für die Gemeinde beauftragt, obwohl dies zu diesem Zeitpunkt rechtlich noch nicht verpflichtend war. Uns liegt mittlerweile das Ergebnis der aktualisierten **Inselbetrachtung** der Schul - Campi mit Kindergärten in Karlsdorf und Neuthard vor. Wir werden die Ergebnisse der PEG zu den Potenzialen der **Geothermie** in Zusammenarbeit mit der Deutschen Erdwärme auswerten. Ferner sind wir Pilotgemeinde bei der Prüfung der **Wasserstofftauglichkeit** unseres Gasnetzes.  
All diese Ergebnisse werden wir parallel nebeneinanderlegen und versuchen eine Entscheidung für die Gemeinde Karlsdorf-Neuthard zu erarbeiten. Was heute schon klar ist, wir werden für den Bereich der Schönbornschule im kommenden Jahr eine Entscheidung treffen müssen.
- Rund 490.000 € sind für die Umstellung der Altenbürgleuchten auf **LED** im Haushalt vorgesehen. Nach Fertigstellung dieses Projektes haben wir dann die komplette Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt.
- Für die Sanierung im Rahmen unseres **Masterplanes Straßensanierung** sind sowohl im Haushalt 2024 als auch 2025 750.000 € bereitgestellt. Auf Basis der gemachten Erfahrungen scheint es sinnvoll ein größeres Ausschreibungspaket zu schnüren. Die Entscheidungsgrundlagen erarbeitet die Verwaltung derzeit mit dem Büro Wald und Corbe. Diese sollen im 1. Quartal 2024 mit dem Gemeinderat besprochen werden. Fest steht, dass die Pfinzstr. im Kurvenbereich zu Spöckerstr. saniert werden muss. Diese war bereits im letzten Ausschreibungspaket vorgesehen. Auf Grund von Unstimmigkeiten bei Nachträgen haben wir schließlich den Auftrag entzogen und werden diese Maßnahme im neuen Ausschreibungspaket erneut berücksichtigen.
- Auch die Anbindung an die **Stadtbahn** wird uns im kommenden Jahr sehr intensiv beschäftigen. Nachdem sich bekanntermaßen die Rahmenbedingungen der standardisierten Bewertung verändert haben, haben wir 2023 stellvertretend über den Landkreis zunächst eine Plausibilitätsprüfung der bisherigen Planungen in Auftrag gegeben. Wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse im ersten Halbjahr 2024 vorliegen, sodass dann die weitere Vorgehensweise mit allen Beteiligten besprochen werden kann.

Im Rahmen der **Fortschreibung des Nahverkehrsplanes** haben wir unabhängig davon bereits einige Vorschläge zur **Verbesserung der Busanbindung** von Karlsdorf-Neuthard ins Gespräch gebracht. Es freut mich außerordentlich, dass wir hier relativ kurzfristig mit dem Landkreis und dem KVV Lösungen erarbeiten konnten. Laut Mitteilung von letztem Donnerstag soll die **Taktanbindung an die Stadtbahn in Spöck** dadurch verbessert werden, dass die Busanbindung von einem 20-minütigen Takt auf einen Viertelstundentakt geändert wird. Das bedeutet, dass die Umsteigezeit jeweils kleiner als 10 Minuten sein wird.

Darüber hinaus hatten wir darum gebeten eine **Busverbindung nach Büchenau und Untergrombach** mit Anbindung der dortigen Realschule und Stadtbahnhaltestelle zu prüfen. Dies kann ab Fahrplanwechsel im Dezember 2023 durch eine Umsteigemöglichkeit im Bereich der Stadtbahn in Spöck ermöglicht werden. Dort wurde mit Fahrplanwechsel Dezember 2023 eine neue Buslinie eingeführt, die am Drehkreuz „Spöck“ Büchenau und Untergrombach anbindet.

Aktuell wird darüber hinaus an eine **Anbindung des Bahnhofes in Kalsdorf sowie des Aldi und dm sowie eine Anbindung des Gewerbegebietes „Am Mantel“ in Bruchsal** weiter geprüft.

- Die Neugestaltung unsere **Homepage** mit Anpassung der Bürgerservice werden wir in 2024 präsentieren.
- Entsprechend dem Auftrag des Gemeinderates werden wir Eigentümergespräche zur **Umlegung des Baugebietes Kohlfahrtswiesen – West** führen.
- Darüber hinaus arbeiten wir weiter an der Anpassung der **Stellplatzregelung** in unseren bestehenden Bebauungsplänen.
- Nachdem wir in der Vergangenheit unsere Aufnahmeverpflichtung für **Flüchtlinge** weit übererfüllt haben, wird die Neuaufnahme in 2024 grds. leistbar sein. Fraglich wird 2025! Unabhängig davon stoßen aber auch wir an die Grenzen der personellen Leistungsfähigkeit, da wir uns aktuell um rund 260 geflüchtete Menschen in Karlsdorf-Neuthard kümmern müssen.
- Die geplante Güterverkehrsstrecke zwischen Mannheim und Karlsruhe wird auch 2024 unsere volle Aufmerksamkeit fordern. Eine Zerschneidung von Karlsdorf – Neuthard darf und wird es nicht geben!
- Die Deutsche Glasfaser möchte mit dem Ausbau grds. Im 1. Quartal 2024 beginnen, spätestens im 2. Quartal 2024. Dazu sind noch sehr intensive Abstimmungen besonders mit Blick auf den Bauablauf notwendig

Sehr geehrte Damen und Herren,

das sind die Schwerpunkte des Haushaltes 2024. Im Weiteren möchte ich noch kurz auf die allgemeinen Haushaltszahlen eingehen:

- Allgemeiner Zehnjahresüberblick
- Ergebnishaushalt 2024
- Finanzhaushalt 2024
- Zahlungsmittelüberschuss 2024
- Liquidität 2024
- Verschuldung 2024
- Großprojekte 2024

Zum Schluss möchte ich ausdrücklich die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushaltes, noch besser mit Überschüssen, hervorheben. Wenn wir traditionell die Jahresabschlüsse präsentieren, wird uns immer wieder von Landes- und Bundespolitikern vorgeworfen, dass diese am Ende besser ausfallen würden als unsere Planung. Das verwundert mich immer wieder aufs Neue, denn nach den Grundsätzen eines vorsichtigen Kaufmannes soll ja genau dies der Fall sein. Darüber hinaus haben wir bereits weitere Investitionen im Blick, für die wir liquide Mittel auf Basis von Überschüssen ansparen müssen. Beispielhaft möchte ich die Sanierung der Schulsporthallen, die Sanierung der Schulschwimmbäder oder der Aula der Sebastianschule, die weitere Sanierung von Straßen, Wegen und Plätzen, den Umbau von Kreuzungspunkten wie beispielsweise bei der Wechmaranlage, die Sanierung des Sportbodens in der Altenbürgerhalle und vieles andere mehr nennen. Dies ist nur dann möglich, wenn wir liquide Mittel ansparen, weil wir mit der aktuellen Investitionsphase in Schule, Kindergärten, Feuerwehrhaus, Rathäuser etc. unserer Darlehensmöglichkeiten weitestgehend ausgereizt haben, wenn die Leistungsfähigkeit der Gemeinde weitgehend gesichert bleiben soll. Wir können in dieser Investitionsphase allerdings wieder antizyklisch handeln, so wie es früher nach der reinen Lehre angezeigt war. Die öffentliche Hand sollte nach den allgemeinen Wirtschaftszyklen eher in konjunkturell schwachen Zeiten investieren. Wenn die allgemeine Nachfrage sinkt, soll die öffentliche Hand mit Investitionen die Wirtschaft ankurbeln. In den letzten über 10 Jahren hatten wir allerdings keine Nachfrageprobleme, nicht zuletzt aufgrund des günstigen Geldes am Kapitalmarkt. Diese Zeiten werden sich zweifelsohne ändern, sodass wir zum Stand heute davon ausgehen, wieder mit deutlich geringeren Schwankungen bei unseren Kostenberechnungen umgehen

zu müssen. D.h. allerdings nicht, dass wir nicht Zeitverzögerungen in Kauf nehmen müssen, weil wir konsequent die beschriebene Strategie bei unseren Bauvorhaben verfolgen werden.

Am Ende meiner Rede danke ich den Damen und Herren Gemeinderäte für die konstruktive, kritische, vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde.

Für die anstehende Gemeinderatswahl im nächsten Jahr wünsche ich Ihnen eine hohe Wahlbeteiligung als Wertschätzung Ihrer geleisteten Arbeit.

Außerdem möchte ich mich bei allen Kandidaten bedanken, die sich für die Wahl haben aufstellen lassen.

Mein herzlicher Dank gilt ebenso den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in den Vereinen, Kirchen, Organisationen und Einrichtungen oder privat für andere engagieren, oft auch still und unauffällig, und damit unsere Gemeinde jeden Tag aufs Neue liebenswert und lebenswert machen.

Besonders bedanken möchte ich mich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ich betone es immer wieder sehr gerne, sie sind für mich die wertvollste Ressource, mit ihrem Fleiß, ihrer Kompetenz und ihrer wertschätzenden Arbeit für unser Einwohner unverzichtbar. Ich bin stolz auf mein Team und sehr dankbar dafür!

Zum Schluss geht mein besonderer Dank aber an unseren Kämmerer Viktor Schmidt, der nunmehr bis zum Schluss auf Grund sich immer wieder ändernden Rahmenbedingung an dem Haushalt 2024 gearbeitet hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen besinnliche Weihnachten, einen guten Start ins neue Jahr und vor allem viel Gesundheit.